

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3686-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 66. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Bestellung durch die Post dann 72 Pfennig Bestellschild

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtheft (außer dem Handeltel) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: monatlich 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: monatlich 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme eine bestimmte Nummer. Preis und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anzeige] · Nr 479

SONNABEND, 10. OKTOBER 1931

ABEND-AUSGABE

Wirtschaftsbeirat der Regierung

Beschleunigung des Winterprogramms

Das neuernannte Reichskabinett hat heute unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Brüning zum ersten Mal zusammengekommen. Nach einem allgemeinen politischen Ausprobieren beschloß das Kabinett, die von der früheren Regierung bereits in Angriff genommene Arbeit an dem Wirtschaftsprogramm fortzusetzen.

Erörtert wurde vornehmlich die Schaffung eines Wirtschaftsbeirates, der mit bestimmten Programmen in kurzer Zeit eingeleitet werden soll, um in grundlegenden Fragen der Wirtschaftspolitik der Regierung alsbald Beschlüsse zu unterbreiten.

Einen solchen Wirtschaftsbeirat hat auch schon das erste Kabinett Brüning gehabt, was auch nicht in offizieller Form. Es wurden während der letzten Monate, je nach Bedarf, hervorragende Sachverständige hinzugezogen. Jetzt soll ein festes Gremium von Sachverständigen eingesetzt werden, dem u. a. auch Generaldirektor Dr. Schmidt angehörend dürfte. Es ist erfreulich, daß das neue Kabinett unmittelbar an das Wirtschaftsprogramm herangegangen ist, das die vorrangigste Aufgabe ist.

Ueber die Regierungserklärung wird das Kabinett erst am Montag Beschlüsse fassen. In dieser Beratung wird dann auch der Reichspräsident Dr. Schöngel teilnehmen können, der seine endgültige Zustimmung der Regierung durch die Reichspräsidentenversammlung gegeben hat (wobei er mit anderen Zielen befreit).

Die Aufnahme, die das neue Kabinett Brüning in der Berliner Presse findet, ist je nach der Parteieinstellung verschieden. Die Wähler der Rechten sehen in dem Kabinett eine Rettung. In der langen Reihe von Abgängen, die Brüning erhalten habe, liege eine faste Herabminderung seines Ansehens. Aber es wird zugestanden, daß das Kabinett keine schlechte Chance habe, sich im Reichstage durchzusetzen.

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ behauptet, daß Brüning nicht den Mut gefunden habe, „für rechts zu optieren“. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ wiederholt seinen Vorwurf, sich über die Limbordnung des Kabinetts Brüning aufzuregen. Man könne der neuen Regierung skeptisch und kritisch gegenüberstehen, aber es sei ein offener Unfug, zu behaupten, es sei „daselbe wie eine

Regierung Hitler-Jugenberg“. Die Ernennung Groners zum Reichspräsidenten sei gewiss keine Gefährdung für die Rechte, die der er bis vor kurzem der behagliche Mann gewesen sei. Das Zentrumsmittel, die „Germania“, gibt zu, daß die personelle Basis des Kabinetts schmaler geworden sei, als sie von Brüning angestrebt wurde, aber daß die Reichsparteien, von denen die parlamentarische Entscheidung abhängt, auf den Ernst der Zeit Rücksicht nehmen werden. Mit Nachdruck vertritt das Blatt, daß Brüning das unerschütterliche Vertrauen des Reichspräsidenten habe.

Die Neuerungen der Preiser und Kondom Preise sind verneint. In der Hauptfrage wird mit Vertriebung verzeichnet, daß Brüning selbst die Führung der auswärtigen Politik übernommen hat.

Hitler bei Hindenburg

„Der Reichspräsident empfing heute die Herren Adolf Hitler und Reichstagsabgeordneter Hauptmann a. D. Göhring und nahm von ihnen einen ausführlichen Bericht über die Ziele der nationalsozialistischen Bewegung entgegen. Hieran schloß sich eine Aussprache über innen- und außenpolitische Fragen.“

*

Das ist die amtliche Mitteilung über den Empfang Hitlers beim Reichspräsidenten, der etwa eine Stunde gedauert hat. Die Nationalsozialisten hatten es sich selbstverständlich nicht nehmen lassen, einige hundert Anhänger in die Wilhelmstraße zu begleiten, um Hitler bei der Einschub in den Borhof des Reichspräsidentenbeschlusses ein nachgehendes Gedächtnis zu entbieten. Und zufällig natürlich fuhr in dieser Zeit Dr. Goebbels in einem eleganten Auto durch die Wilhelmstraße. Würde er schon von Hitler mitgenommen, dann wollte er sich wenigstens auf der Straße in Erinnerung bringen.

Daß der Empfang Hitlers und Göhrings irgendeine politische Bedeutung habe, wird aus der Umgebung des Reichspräsidenten erneut und entschieden in Abrede gestellt. Hitler habe vor sechs Wochen um den Empfang nachgehrt, und der Reichspräsident habe ihn gemahnt, aber es sei nur ein Zufall, daß der Empfang am Tage nach der Ernennung des zweiten Kabinetts Brüning erfolgte.

Schuldenfeierjahr wird verlängert

Eine neue Erklärung des Präsidenten Hoover

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 10. OKTOBER

Offenbar in dem Vertrauen, die Unklarheit über die Verlängerung des Schuldenfeierjahres zu beseitigen, hat Hoover gestern erklärt lassen, daß die Vereinigten Staaten nicht auf einer Wiederaufnahme der europäischen Zahlungen nach Ablauf des einjährigen Moratoriums bestehen würden, es sei denn, daß die Schuldverhältnisse in der Lage seien, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Diese unambigue Erklärung bedeutet ohne Zweifel einen erheblichen Schritt nach vornwärts. Wenn sie auch gewisse feine Selbstprüfung zu der berühmten Unklarheit des Präsidenten enthält — in der mit Nachdruck betont worden war, daß die Vereinigten Staaten an Schuldentilgung nicht dächten — so ist mit dem einwilligen Verzicht auf die europäischen Zahlungen doch die notwendige Vorbereitung für die Wiederherstellung der Beziehung geschaffen.

Die letzten Unklarheiten sind allerdings auch mit dieser jüngsten Erklärung des Präsidenten nicht beseitigt. Man kann ihr nicht entnehmen, ob Hoover nur an eine Verlängerung des Moratoriums denkt oder ob er bereit wäre, auch über eine Revision der Schuldverhältnisse bei nachgewiesener Zahlungsunfähigkeit zu verhandeln. Daß er

mindestens in diesem Falle entsprechende politische Konsequenzen auf dem Gebiet der Währungsveränderung würde, wird hier als selbstverständlich angesehen. Die Pressekommentare zu der gelassenen Erklärung des Weißen Hauses gehen denn auch entsprechend weit auseinander. Während der „New York Times“ aus der heraushebt, daß der Präsident Gegner weiterer Schuldenerhöhungen ist, halten die „New York Times“ Reservationsverhandlungen gegen politische Kompensationen für wahrscheinlich. Nach „New York Times“ sollen auch bereits neue Verhandlungen zwischen Hoover und nachgebenden Parlamentarier über die internationalen Fragen (Marineerweiterung, Seeverkehrsfragen, Reparationen) im Gange sein, die das Geschickssystem zwischen Kanal und Hoover bilden werden.

Die demokratische Opposition gegen Hoovers Schuldenspolitik hat nachgelassen. Die Stimmen mehren sich, die herozehnen, der Widerpruch, der in der Konferenz mit Hoover geäußert worden ist, gelte nicht der Schuldentilgung an sich, sondern nur der Serabehung ohne Gegenleistung. America sollte nicht immer nur der gebende Teil sein, auch Europa müsse mindestens den guten Willen zeigen zur Behebung der internationalen Schwierigkeiten Opfer zu bringen.

*

„New York Times“ melden aus Paris: Senol werde eine Spropragte Schuldenfestlegung und eine Spropragte Serabehung der Stützungsangelegenheiten vorzulegen.

Was wird in England?

Von LORD ROBERT CECIL

World Copyright 1931 by Cooperation.

Es ist keine leichte Sache, in diesem Stadium die Rolle eines Propheten zu übernehmen. In einer Welt, in der die Ereignisse der Familien und die politische Macht der Wähler vom internationalen Kredit und der Kredit selbst von jener ununterbrochen und lautenhaften Sache — „gesellschaftliches Vertrauen“ genannt — abhängen, ist es unmöglich zu sagen, wie die nächste Entscheidung, eine Etappe der Finanzpolitik, in der wir leben, aussehen wird. Und hauptsächlich die internationale finanzielle Situation wird die Zukunft Englands und vieler anderer Länder bestimmen.

Es hängt jedoch gleichmäßig von mehreren anderen Faktoren — politischen und sozialen — ab, die ich hier behandeln möchte, unter der Voraussetzung, daß die finanziellen Faktoren, die man bereits übersehen kann, unverständlich bleiben. Darunter verfolge ich das Verhalten des Budgets durch erhöhte Besteuerung, die besonders hart die Mittelklassen trifft; die Senkung der Gehälter und Pensionen, die ebenfalls vor allem die Klasse berührt; das Immerkleinerwerden des Altkontos; und das Bewußtsein, daß dieses Geld wahrscheinlich einige Jahre dauern muß, als Vorbereitung des nationalen Wiederaufbaus. Ich muß es anderen überlassen, darüber nachzudenken, ob eine Konfession kommen wird oder nicht. Die Aufgabe des Wahlbündnisses bedeutet das neue Gesicht, da Europa und die Welt, nicht weniger als mein eigenes Land, interessiert daran sind, die britische Stabilität und den britischen Kredit aufrechtzuerhalten. Unter diesen Voraussetzungen habe ich die volle Zuversicht, daß Mut und Energie meine Landesteile aus früher oder später über diese Zeit hinwegheben werden, wie sie das schon in mehreren Fällen getan haben.

Ich sehe nicht, wie die nationale Regierung länger an der Macht bleiben kann, als es notwendig ist, die Wirtschaftsgelände und das Ertragsbudget in Kraft zu setzen — es ist aber, das einige neue und unerwartete wirtschaftliche Schwierigkeiten, die heute noch nicht vorauszufragen sind, das Land überfallen. Mit dieser Behauptung meine ich nicht, daß das Volk als Ganzes die Schwierigkeiten gemindert ist. Die Wähler hätten sich jeher gefreut, wenn das Ausmaß der Demokratie, das mit Wahlen immer verbunden ist, und die Unterbrechung des normalen Geschäftsganges, verändert werden müßte. Die Mehrheit des Volkes ist wahrscheinlich dankbar, daß sie ein Ministerium hat, in dem die meisten, wenn auch nicht alle, Talente sitzen, ohne die Sorgen gehabt zu haben, es selbst aus Ruher zu bringen.

Rein, die Regierung könnte höchstwahrscheinlich im Amt bleiben, solange sie wollte, wenn sie selbst einseitig wäre. Aber sie ist es nicht und behauptet es auch nicht zu sein. Sobald das Budget im Oktober fertig ist, wird wahrscheinlich die Arbeit, weiter im Amt zu bleiben, durch die natürlichen Gegenkräfte, welche die Kräfte, die die Regierung im Unterhause stützen, trennen, durchzerrt. Die Konventionen haben sich hart für irgendeine Form des Schicksals verpflichtet. Sie werden nicht lange ändern, diese heimliche Zurückgehen — und die Reben Senile Chamberlains haben bereits angedeutet, wie fest die Überzeugung ist, die diesbezüglich in der Partei herrscht. Sobald sie handeln werden, wird es für Chamberlain unmöglich sein, im letzten Stadium zu arbeiten in dem Staube, der Apollon des Freigeldes, und die Liberalen sitzen. Umvermehr gibt es einige Anzeichen dafür, daß die Liberalen teilweise bereit sind, gewisse Einbußen anzunehmen. Sir John Simon, obgleich kein Mitglied im Lande mehr außerhalb als innerhalb der liberalen Parteiorganisation liegt, ist hinsichtlich für Protesten als vorbereitenden Stöckchen. Aber die Vorfälle Munitions, nur die Meinung von Chamberlain, mein Zoll zu belagern oder sie sogar zu verkleiden, werden glaube ich, die liberalen Minister und ihre Anhänger nicht verlassen, eine der wenigen grundlegenden Lehren ihrer Partei aufzugeben.

Das Schicksalproblem wird somit die nationale Regierung vermindern, ihr Mandat lange auszuüben. Die Einführung einer so radikalen Veränderung in der Finanzpolitik des Landes war auch nicht möglich, ohne zunächst an die Wähler zu appellieren.

Die Arbeiterpartei hätte die Verlagerung der Wahlen wahrscheinlich vorgezogen. Sparsamkeit ist immer unpopulär. Gewisse ererbte Steuern. Aber keines von beiden haben die Wähler bisher zu spüren bekommen. Zu wichtigen Monaten wäre die Not da und damit vielleicht eine Gelegen-